



Strahlenschutz - Betrieb oder wesentliche Änderung einer technischen Röntgeneinrichtung anzeigen	2
Voraussetzungen	2
Erforderliche Unterlagen	2
Formulare	3
Gebühren	3
Rechtsgrundlagen	3

Strahlenschutz - Betrieb oder wesentliche Änderung einer technischen Röntgeneinrichtung anzeigen

Wenn Sie beabsichtigen, eine technische Röntgeneinrichtung zu betreiben oder wesentlich zu ändern, und diese nicht genehmigungspflichtig ist, sind Sie verpflichtet, dies bei der zuständigen Behörde anzuzeigen. Mit der schriftlichen Anzeige einer technischen Röntgeneinrichtung bei der zuständigen Behörde geben Sie bekannt, dass Sie eine solche Einrichtung betreiben oder wesentlich ändern wollen. Dies können unter anderem Röntgeneinrichtungen sein, die als Basis-, Hoch- oder Vollschutzgerät genutzt werden sollen.

Verfahrensablauf

1. Reichen Sie das Formular für die Anzeige mit den erforderlichen Nachweisen spätestens vier Wochen vor der geplanten Inbetriebnahme beziehungsweise der wesentlichen Änderung des Betriebs bei der zuständigen Behörde ein.
2. Nach Eingang der vollständigen Anzeige und der erforderlichen Nachweise hat die zuständige Behörde diese innerhalb von vier Wochen zu prüfen.
3. Nach Ablauf dieser vierwöchigen Frist dürfen Sie die Röntgeneinrichtung betreiben beziehungsweise den Betrieb wesentlich ändern, sofern die Behörde den Betrieb nicht versagt und/oder das Anzeigeverfahren aussetzt, weil die Prüfung ergibt, dass weiterführende Prüfverfahren erforderlich sind.
 - Sofern dies nicht erfolgt, können Sie mit dem Betrieb der Röntgeneinrichtung beziehungsweise mit der Vornahme der wesentlichen Änderungen des Betriebs auch dann beginnen, wenn Ihnen die Behörde bereits vor Ablauf der Frist schriftlich mitteilt, dass alle erforderlichen Nachweise erbracht sind.
4. Mit der Anzeigenbestätigung erhalten Sie den Gebührenbescheid.

Voraussetzungen

- **Anzeige spätestens vier Wochen vor Inbetriebnahme und keine Versagensgründe**
Eine technische Röntgeneinrichtung nach § 19 Abs. 1 StrlSchG, kann betrieben werden, wenn diese spätestens vier Wochen vor Inbetriebnahme gegenüber der zuständigen Behörde angezeigt wird und die Prüfung durch die Behörde keine Versagensgründe ergibt. Gleiches gilt bei einer wesentlichen Änderung des Betriebs einer technischen Röntgeneinrichtung nach § 19 Abs. 5 StrlSchG.

Erforderliche Unterlagen

- **Anzeige bzw. Antrag zur "Genehmigung der Inbetriebnahme einer nichtmedizinischen Röntgeneinrichtungen oder Störstrahlers"**
Bitte stellen Sie einen schriftlichen Antrag per Post.
- **Nachweis der Fachkunde im Strahlenschutz nach StrlSchV mit**

Aktualisierungsnachweis

- **Bescheinigung und Prüfbericht vom Sachverständigen über die Strahlenschutzprüfung**
- **Bauartzulassungsschein mit Stückprüfungsbestätigung (falls zutreffend)**
(Bauartzulassung = für Gerät allgemein; Stückprüfungsbestätigung = für das spezifische Gerät)
- **CE-Konformitätsbescheinigung (falls zutreffend)**
- **Personaleinsatz**
d.h. Nachweise zu Kenntnissen im Strahlenschutz und zu Aktualisierungen dieser Kenntnisse für an den Röntgenanlagen tätiges Personal

Formulare

- **Anzeige bzw. Antrag zur "Genehmigung der Inbetriebnahme einer nichtmedizinische Röntgeneinrichtungen oder Störstrahlers"**
(https://www.berlin.de/lagetsi/_assets/documents/allgemein/roev345.pdf?ts=1699574415)

Gebühren

- 60,00 Euro: bei vollständig eingereichten Unterlagen
- 80,00 Euro: bei unvollständig eingereichten Unterlagen (bei Nachforderung)

Rechtsgrundlagen

- **Strahlenschutzgesetz (StrlSchG) § 19 Abs. 1 und Abs. 5**
(https://www.gesetze-im-internet.de/strlschg/__19.html)
- **Umweltschutzgebührenordnung (UGebO)**
(<https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-UmwGebVBErahmen/part/X>)